

Aktionsbündnis fordert: Es muss wieder mehr in die Sicherheit investiert werden

Das Aktionsbündnis für mehr Sicherheit für Mitarbeiter und Fahrgäste hat den Berliner Senat aufgefordert, seiner politischen Verantwortung für einen sicheren Nahverkehr auch weiterhin gerecht zu werden. "Wir stellen fest, dass insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer öfter beleidigt, bespuckt aber auch tätlich angegriffen werden", machte EVG-Vorstand Reiner Bieck im Rahmen einer Sicherheitskonferenz in Berlin deutlich. Vor diesem Hintergrund sei es fatal, dass Aufsichten von den Bahnhöfen abgezogen werden sollen, kritisierte Bieck.

Das Aktionsbündnis für mehr Sicherheit für Mitarbeiter und Fahrgäste hat den Berliner Senat aufgefordert, seiner politischen Verantwortung für einen sicheren Nahverkehr auch weiterhin gerecht zu werden. "Wir stellen fest, dass insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer öfter beleidigt, bespuckt aber auch tätlich angegriffen werden", machte EVG-Vorstand Reiner Bieck im Rahmen einer Sicherheitskonferenz in Berlin deutlich. Vor diesem Hintergrund sei es fatal, dass Aufsichten von den Bahnhöfen abgezogen werden sollen, kritisierte Bieck.

Der EVG-Vorstand machte für das Aktionsbündnis deutlich, dass bei Ausschreibung von Nahverkehrsleistungen oft zu wenig Wert auf eine wahrnehmbare Präsenz von Zugbegleitern und Sicherheitskräften gelegt würde. "Hier werden Fahrgäste und Mitarbeiter sich selbst überlassen - da wird eindeutig an der falsche Stelle gespart", so EVG-Vorstand Reiner Bieck.

Richtig sei, dass Bahn, Bus und S-Bahn immer noch die sichersten Verkehrsmittel wären. Richtig sei aber auch, dass sich sowohl Fahrgäste wie auch Mitarbeiter zunehmend unsicher fühlen würden, wenn sie in öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs seien. "Wer kann, sucht sich Alternativen, damit verlieren Bus und Bahn an Attraktivität", kritisierte Bieck. Genau das sei der falsche Weg.

Das Aktionsbündnis - bestehend aus der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, der Gewerkschaft der Polizei sowie dem Fahrgastverband pro Bahn - fordert alle Entscheidungsträger auf, künftig wieder mehr Geld in die Sicherheit zu investieren. "Wir brauchen in den Zügen ausreichend Mitarbeiter, wir brauchen qualifiziertes Sicherheitspersonal und wir brauchen mehr Polizeibeamte, die im Konfliktfall eingreifen können", machte Bieck deutlich.